

## Rede

des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion NRW,  
**Christian Lindner MdL,**

am 4. März 2009 in der Debatte zum Termin der Kommunalwahl 2009

(Auszug aus dem Stenografischen Protokoll)

**Christian Lindner (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Opposition hat heute schon viel von Demokratie gesprochen, aber sie hat streckenweise noch nicht einmal so viel demokratischen Stil gehabt, bei der Rede von Herrn Biesenbach eine andere politische Meinung zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Welche Rede?)

So haben Sie hier gestört.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das waren nur die Widersprüche seiner eigenen Aussage!  
– Weitere Zurufe von der SPD)

Jeder weiß, was die Koalition ursprünglich wollte. Jeder weiß, dass die jetzige Entscheidung für uns nur die zweitbeste Lösung ist. Wir wollten die Kommunal- und Europawahl verbinden, weil wir eine politische Abwägung

(Zuruf von der SPD: Eigenständig!)

zwischen der Eigenständigkeit der Kommunalwahl einerseits, die wir wollen, und dem Aufwand andererseits, der mit drei unterschiedlichen Wahlterminen verbunden wäre, getroffen haben. Deshalb hatten wir uns dafür entschieden, die Kommunal- und Europawahl schon in diesem Jahr und für die Zukunft zu verbinden.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Obwohl dadurch der Zeitraum zwischen gewählten neuen Körperschaften und den noch amtierenden alten Räten sehr lang ist, ist diese Position – anders als Sie den Eindruck erweckt haben – alles andere als eklatant verfassungswidrig.

(Zuruf von der SPD: Niemand im ganzen Land glaubt das!  
Hier biegen sich die Balken!)

Gerade am heutigen Tag haben Sie in Ihrem Posteingang, falls Sie sich mit solchen Details beschäftigen, die Übersicht über die neu aufgenommene Literatur in die Landtagsbibliothek gefunden. Darunter ist ein Aufsatz des hochrenommierten Bonner Staatsrechtslehrers Professor Christian Waldhoff, der klar sagt, in einem einmaligen Fall

wären auch viereinhalb Monate vertretbar gewesen. Das ist alles andere als eklatant verfassungswidrig; es ist eine juristische Streitfrage. Wir akzeptieren ein Urteil des Gerichts, aber ich sage Ihnen: Unsere Position war auch juristisch begründet.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmelzer [SPD]: Sie setzen Aufsätze vor Verfassungsgerichtsurteile! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Sie können nur so schreien, weil Sie sich mit solchen Argumenten offensichtlich überhaupt nicht beschäftigen wollen. Das ist doch der Grund.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Für uns ist die Eigenständigkeit der Kommunalwahl entscheidend. Es ist eine schwierige Abwägungsentscheidung gewesen. Mit dieser Eigenständigkeit der Kommunalwahl, die wir betonen, folgen wir auch einem Petition des Städte- und Gemeindebundes, der in der „Kölnischen Rundschau“ vom 21. August 2007 gesagt hat, er sei dezidiert gegen eine Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl. Die Kommunalpolitiker wollten Rechenschaft ablegen, mehr Kosten und mehr Aufwand seien akzeptabel. – So der Städte- und Gemeindebund, die Interessenvertretung unserer Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Güllner, ein Meinungsforscher, sagt,

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

dass bei der Bundestagswahl selbstverständlich die Kanzlerfrage dominiert, dass die Öffentlichkeit von bundespolitischen Themen und Erwägungen dominiert wird. Er sagt – der Kollege Biesenbach hat es zitiert –, dass ein Kommunalwahlergebnis dann nur ein Zerrbild der tatsächlichen politischen Entscheidungswünsche der Bürgerinnen und Bürger darstellen könne.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen aus eigenem Erleben als damals junger Wahlkämpfer am Stand sagen, weil wir 1994 eine Kommunalwahl parallel zur Bundestagswahl hatten: Wir und auch die SPD, die Grünen und die CDU haben vor allen Dingen die hochwertigen Broschüren der Bundesparteien verteilt.

(Helmut Stahl [CDU]: Genau!)

Wir haben wie alle anderen Parteien auch ...

(Zurufe von der SPD)

– Frau Kraft, warum schütteln Sie mit dem Kopf? 1994 waren Sie noch nicht einmal Mitglied der SPD. Sie waren doch gar nicht dabei!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU)

Sie sprechen von Dingen, von denen Sie überhaupt keine Ahnung haben!

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Aus eigenem Erleben sage ich Ihnen: Die Bundespolitik dominiert. Und das wollen wir nicht, weil die Städte und Gemeinden für uns die Wurzel der Demokratie sind.

(Zurufe von der SPD – Lebhafter Beifall von FDP und CDU)

Deshalb muss dort über kommunale Belange und nicht als Ableitung der Bundespolitik entschieden werden können!

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Sowohl der Abgeordnete Becker als auch Frau Kollegin Kraft möchten Ihnen Zwischenfragen stellen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Das Wort habe ich, bitte schön.

**Christian Lindner** (FDP): Ich gestatte gerne Zwischenfragen. Vielleicht können Sie beide nacheinander aufrufen.

(Heiterkeit von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damit er sich die schönste aussuchen kann!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Okay. – Bitte schön, Herr Kollege Becker.

**Horst Becker** (GRÜNE): Herr Kollege Lindner, da Sie sich auf Ihre Erinnerung an das Jahr 1994 – in der Tat ein Jahr mit gemeinsamer Bundestags- und Kommunalwahl, damals auf Wunsch aller vier Parteien hier im Hause – beziehen: Könnte Ihre Ablehnung des gemeinsamen Kommunal- und Bundestagswahltermins, der ja nahe gelegen hätte, etwas damit zu tun haben, dass die FDP damals bei der Bundestagswahl 7,6 % an Zweitstimmen und bei der Kommunalwahl 3,6 % landesweit in Nordrhein-Westfalen erzielt hat? Ist das Ihr Trauma?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: Das wäre ein Traumergebnis!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner** (FDP): Frau Kraft, bitte. Ich hatte darum gebeten, dass beide nacheinander aufgerufen werden.

**Hannelore Kraft** (SPD): Herr Kollege Lindner, da Sie so tief in meine Vita eingestiegen sind, hätten Sie in den Artikeln auch die Information finden können, dass ich gerade

wegen des Wahlkampfs zur Kommunal- und Bundestagswahl in die SPD eingetreten bin. Dass Sie das nicht freuen kann, leuchtet mir ein.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Frage!)

Genau aufgrund dieser intensiven Wahlkampfzeit bin ich Mitglied der SPD geworden. Das gehört dann auch dazu.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat der 15-Jährige damals noch nicht begriffen!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin Kraft, ich darf der guten Ordnung halber darauf hinweisen, dass das keine Zwischenfrage war.

(Hannelore Kraft [SPD]: Doch, doch! Ich habe die Frage, ob er das zur Kenntnis genommen hat!)

Der Kollege Lindner hat jetzt die Gelegenheit, das zu beantworten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie hat gefragt, ob er das zur Kenntnis genommen hat!)

**Christian Lindner (FDP):** Unabhängig von der guten Ordnung, Frau Präsidentin, will ich Frau Kollegin Kraft nur erwidern, dass mir bislang noch nicht bekannt geworden ist, dass Sie schon so bedeutend wären, dass eine Biografie von Ihnen vorläge. Diese Motivlage habe ich deshalb nicht nachvollziehen können.

(Heiterkeit von FDP und CDU)

Herrn Becker will ich mit einem Zitat von Herrn Güllner antworten, der über genau die Frage diskutiert hat: Wer hat einen Vorteil von einer Trennung und wer von einer Zusammenlegung?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Haben Sie das vorher bei Herrn Güllner bestellt?)

Auf die Frage nach dem Vorteil unter der Parteitaktik sagt Herr Güllner in einem Interview mit dem „Deutschen Depeschendienst“ vom 22. Februar – Zitat –:

„Wir erleben bei der Kommunalwahl irrsinnige Unterschiede von Stadt zu Stadt. Auch eine geringe Wahlbeteiligung muss kein Vorteil für die Regierungsparteien sein. Die Bürger entscheiden fast nur nach lokalen Kriterien.“

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich habe doch Sie gefragt!)

Das gilt freilich nur unter der Voraussetzung, dass die Kommunalwahl an einem eigenständigen Termin stattfindet, denn sonst überlagert sie der Bund.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Toll!)

Insofern hatten wir eine Abwägung zwischen der Eigenständigkeit und dem Mehraufwand vorzunehmen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat nach der Urteilsverkündung einen separaten Termin vorgeschlagen. Diese Auffassung haben wir uns nach Abwägung der Eigenständigkeits- und der Kostenargumente zu eigen gemacht.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Heute haben Sie diese Entscheidung zum Anlass für eine große Show genommen. Vor allen Dingen das Kostenargument steht für Sie im Zentrum.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein! Die Demokratie, Herr Kollege!)

Sie beklagen 42 Millionen € Mehrkosten. Das würde pro Wahlberechtigtem 3,43 € bedeuten. Mit dieser Zahl bin ich heute bei mir in meinem eigenen Wahlkreis unterwegs gewesen und habe zwei Kommunen befragt:

(Gisela Walsken [SPD]: Wo haben Sie denn Ihren Wahlkreis? Das ist aber sehr interessant!)

die Stadt Wermelskirchen und die Stadt Rösrath. Beide Stadtverwaltungen haben über Ihre Kalkulation von 3,43 € nur gelacht und mir nach einer Vollkostenrechnung inklusive des Personalaufwands bestätigt, dass die Kosten in diesen beiden Kommunen signifikant unter 1,50 € pro Wahlberechtigtem liegen.

Das hätten Sie wissen können. Das hätten Sie sogar wissen müssen. Denn der Innenminister hat bereits im August 2007 in einer Fragestunde dieses Landtags eine erste Schätzung abgegeben. Er hat damals gesagt: Die Kosten für einen eigenständigen Kommunalwahltermin liegen bei etwa 14 Millionen € ausweislich der Erstattung an die Kommunen für die Durchführung der Bundestags- und der Landtagswahl.

(Zuruf von der SPD: Jeder Euro ist zu viel!)

Und wenn Sie über die Synergien sprechen, wird immer ein Punkt vergessen: Bei einer Zusammenlegung von Wahlen fallen trotzdem jeweils Kosten für das Porto an. Denn die Wahlbenachrichtigungen werden getrennt versandt. Hinzu kommen noch Druck- und Produktionskosten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Warum das denn? Das war 1994 aber noch nicht so!)

– Natürlich muss das separat verschickt werden. Sie müssen doch die Verwechslungsgefahr etwa bei der Briefwahl vermeiden. Sie sind handwerklich gar nicht à jour.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Das stimmt doch gar nicht, was Sie da sagen!)

Deshalb entstehen dort Kosten. Wenn man das bilanziert, ergeben sich für einen separaten Kommunalwahltermin Mehrkosten in Höhe von etwa 4,8 Millionen €. Ihre Angaben zu den Kosten sind also nachweislich falsch. Dennoch machen Sie damit Kampagne.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Grünen gehen sogar so weit, eine Website einzurichten: „www.42millionen.de“  
Stoppen Sie diese dreiste Manipulation der Öffentlichkeit!

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Franz Müntefering hat dieser Tage gesagt, diese Entscheidung sei eine Beugung der Demokratie.

(Beifall von der SPD – Zurufe: Richtig!)

Das sagt ausgerechnet die SPD, die zu ihrem politischen Aschermittwoch Herrn Wowereit eingeladen hat,

(Zurufe von der SPD)

der in Berlin verhindert, dass der Bürgerentscheid für den Religionsunterricht parallel mit der Europawahl stattfindet, weil er die Abstimmung unter das Quorum drücken will!

(Beifall von FDP und CDU)

Das sagt die gleiche SPD, das hier in Nordrhein-Westfalen Wolfgang Clement aus der Partei gejagt hat, weil er eine andere Meinung vertreten hat!

(Beifall von FDP und CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was hat das denn mit dem Kommunalwahltermin zu tun? Schreien Sie nicht so!)

Das sagt die gleiche SPD, die in Hessen einer der vier Abweichlerinnen gegen Frau Ypsilanti gewünscht hat, dass ihr die Beine abfaulen mögen.

(Zurufe von der SPD)

Von einer solchen SPD, die eine solche innerparteiliche Demokratie pflegt, brauchen wir keine Nachhilfe in Demokratie!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD –  
Rainer Schmelzter [SPD]: Wie war das, Herr Biesenbach: Wer schreit, der lügt?)

Zumal man sich über Ihre Motive informieren kann, Frau Walsken.

(Widerspruch von der SPD – Glocke)

– Ich freue mich, wenn Sie auch Spaß haben; ich habe Spaß.

„Stern“ und „RTL“ haben heute eine aktuelle Umfrage veröffentlicht: 24 % würden die SPD noch wählen. Es ist deutlich, warum Sie nur noch zwei Wahltermine haben wollen: Sie haben Angst, dass Sie sich bei der Europawahl, bei der Kommunalwahl und bei der Bundestagswahl drei Klatschen abholen. Sie wollen aber lieber zwei Klatschen haben. Das ist das Motiv dafür!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD)

Was ist das für ein Verständnis von Demokratie? Jeder Kommunalpolitiker weiß doch in Wahrheit, wie viel Aufmerksamkeit die Bundestagswahl absorbiert. Wenn man aber weiß, wie viel Raum die Bundestagswahl einnimmt: Warum kann man dann für eine Zusammenlegung mit der Kommunalwahl sein? Doch nur, weil man den eigenen Kommunalpolitikern nicht zutraut, dass sie auch außerhalb des Windschattens der Bundestagswahl reüssieren. Sie haben kein Zutrauen in Ihre kommunale Bilanz, in Ihre Basis!

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Biesenbach: Wer schreit, der lügt!)

Zwei letzte Gedanken möchte ich noch äußern, Frau Präsidentin, weil ich durch die Zwischenrufe hier und da ein wenig unterbrochen worden bin.

(Zuruf von der SPD)

Ich will mich nämlich auch noch an die Grünen wenden, die hier mit den Kosten und der Repräsentativität argumentiert haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Kommen Sie mal runter! – Zuruf von Norbert Killewald [SPD])

Gleichzeitig beschließen die Grünen aber in ihrem Landtagswahlprogramm, dass Sie die direkte Demokratie massiv ausweiten wollen. Sie wollen jetzt auch die Bauleitplanung zum Gegenstand von Bürgerentscheiden machen und die Quoren reduzieren. Was ist denn da mit Kosten und Repräsentativität?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es geht um unnötige Kosten!)

Für Ihre Art der Argumentation gibt es ein Wort. Das Wort ist: Heuchelei.

(Beifall von FDP und CDU – Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Weil ich weiß, dass Herr Sagel noch das Wort bekommt, will ich mich vorab schon an ihn wenden. Er hat oft genug gezeigt, dass er eigentlich eine ganz andere Gesellschaftsordnung will. Man lese nur das Strategiepapier der Linken in NRW.

Er gehört einer Partei an, deren Vorgängerin, die SED, überhaupt keine demokratischen Wahlen zugelassen hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Sollte er also heute für die Einsparung von Wahlterminen plädieren, hat das bei ihm eine ganz andere Qualität.

(Lebhafter Beifall von FDP und CDU – Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Christian Lindner (FDP):** Meine Damen und Herren, wir sind überzeugt, dass die Entscheidung des Innenministers richtig ist.

(Widerspruch von der SPD)

Der Innenminister hat unser uneingeschränktes Vertrauen. Wir können und wir werden diese Entscheidung vor Ort vertreten: gegenüber Ihnen und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Für uns zählt die Eigenständigkeit der Kommunalpolitik. Demokratie bedeutet mehr, als nur über Kosten nachzudenken.

(Anhaltender lebhafter Beifall von FDP und CDU)